

Medikamenten-Notstand im Iran

Die Arzneimittelpreise in der Islamischen Republik explodieren. Deutsche Exporteure sehen darin Chancen für ihr Geschäft

Silke Mertins, Berlin

Die im Iran tätige deutsche Wirtschaft will sich wegen der lähmenden Sanktionen gegen Teheran auf den Gesundheitssektor konzentrieren, sagte Michael Tockuss, Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Handelskammer (DIHKeV) der FTD. „Eine ganze Reihe von Unternehmen hat andere Geschäftsfelder reduziert. Wer neben medizinischen Geräten und pharmazeutischen Produkten auch andere Güter exportiert hat, beschränkt sich jetzt auf den medizinischen Bereich“, sagte der Wirtschaftsfachmann für die Islamische Republik.

Der Gesundheitsbereich ist im Rahmen der EU-Sanktionen nicht genehmigungspflichtig. Entsprechend sinkt das Risiko für die betroffenen Firmen, dass ein Geschäft platzt. Zugleich besteht im Iran ein gigantischer Bedarf, nicht nur bei medizinischen Geräten und Krankenhausbedarf aller Art, sondern auch bei Arzneimitteln. „Wir bekommen viele dringliche Anfragen“, sagte Tockuss.

Erst vor wenigen Tagen hatte die iranische Stiftung für Schwerkranken gewarnt, der Bedarf an Medikamenten für Schwerkranken sei inzwischen nicht mehr gedeckt. „Wir spüren eine Unterversorgung besonders bei der Behandlung von Krebs und multipler Sklerose“, sagte Fatemeh Haschemi der iranischen Regierungszeitung „Iran Daily“. Haschemi ist

die Tochter von Ex-Präsident Ali Akbar Rafsanjani, einem Erzfeind von Präsident Mahmud Ahmadinedschad. Zwei ihrer beiden Geschwister sind derzeit im Gefängnis.

Iranische Medien berichten seit Wochen darüber, wie Medikamente immer knapper und teurer werden. Betroffen sind neben Krebs- und MS-Kranken auch Patienten mit chronischen Leiden wie Diabetes, Mittelmeeranämie und Niereninsuffizienz. Das Handelsfachblatt „Tejaratnews“ hat vergangene Woche eine Liste mit 50 importierten Medikamenten veröffentlicht, die derzeit aufgrund der Sanktionen knapp sind, darunter sogar Antibiotika. Apotheken, die sich auf Arzneien für chronische und schwere Krankheiten spezialisiert haben, hätten bereits rationalisiert, heißt es. Sie fürchten laut dem Fachblatt, dass die Betroffenen sonst Medikamente horten und damit die Lage noch verschärfen.

Der Gesundheitssektor ist eigentlich nicht direkt von den Sanktionen betroffen: Medikamente und Geräte dürfen weiter importiert werden. Doch da die maßgeblichen iranischen Banken unter Sanktionen stehen, haben Importeure medizinischer Güter kaum mehr Möglichkeiten, den Kauf von wichtigen Arzneien abzuwickeln. Außerdem leidet der Iran infolge der Sanktionen unter Devisenknappheit und einer enorm hohen Inflation. Eine iranische Nachrichtenagentur schreibt, die Preise für importierte Arzneien seien um bis zu 80 Prozent gestiegen. Der

USA beliefern Teheran

Großer Satan Humanitäre Güter fallen nicht unter die US- oder EU-Sanktionen. Deshalb bezieht der Iran vom „großen Satan“ USA gern Getreide, vor allem Weizen. Seit Anfang des Jahres sind diese Lebensmittellieferungen sogar um 25 Prozent gestiegen.

Kleiner Satan Vom „kleinen Satan“ Israel kommt allerdings die Kritik, dass unter diese humanitäre Hilfe auch Popcorn und Coca-Cola fielen. Das melden israelische und israelfreundliche Websites. Bestätigen lässt sich das nur schwer: Keine US-Firma gibt gern zu, dass sie den Iran beliefert.

persische Dienst der BBC berichtet, dass der Preis für ein Medikament, das nach der Chemotherapie gespritzt werden muss, von umgerechnet 60 Dollar auf über 1300 Dollar gestiegen sei. „Als Patient würde ich lieber sterben, als meine Familie damit zu belasten“, zitiert der Sender eine iranische Quelle.

Von dem Verfall des Rial und den Transferproblemen sind auch deutsche Exporteure medizinischer Güter betroffen, obwohl sie für ihre Ausfuhr keine Genehmigung brauchen. Derzeit werden die Geschäfte über Banken von Drittländern abgewickelt, beispielsweise über die Türkei. „Das ist zwar alles legal, aber umständlich und teuer“, sagte Tockuss. Die Deutsch-Iranische Handelskammer verlangt deshalb eine Ausnahmeregelung für die Bereiche Gesundheit und Lebensmittel. „Wir fordern, einen Kanal über die Bundesbank aufzumachen, um medizinische Exporte verlässlich abwickeln zu können.“

Laut der Stiftung für Schwerkranken sind rund sechs Millionen der 75 Millionen Iraner von dem Medikamenten-Notstand betroffen. Stiftungschefin Haschemi hat deshalb bereits an Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon geschrieben. Sie bittet ihn darin, sich für eine Aufhebung der Sanktionen einzusetzen. Die wegen des iranischen Atomprogramms verhängten Strafmaßnahmen seien politischer Natur und richteten „nachweislich einen unentschuldigen Schaden an den Patienten an“, schreibt Haschemi.

Brahimi rechnet mit Feuerpause in Syrien

Die syrische Regierung ist nach Einschätzung des Uno-Vermittlers Lakhdar Brahimi zu einer vorübergehenden Waffenruhe bereit. Der Diplomat sagte am Mittwoch in Kairo, dass das Regime von Baschar al-Assad seine Zustimmung zu einer Feuerpause anlässlich des islamischen Opferfestes gegeben habe. Er rechnet damit, dass die viertägige Feuerpause spätestens am Donnerstag verkündet werde. Das syrische Außenministerium erklärte, die militärische Führung des Landes prüfe den Vorschlag noch. Die Opposition war zuletzt skeptisch, ob das Regime sich an eine solche Vereinbarung halten würde. Brahimi hatte am Sonntag mit Assad in Damaskus über eine Feuerpause beraten. Das Opferfest Eid al-Adha beginnt in Syrien am Freitag. Im Frühjahr war eine von Brahimis Vorgänger Kofi Annan vereinbarte Waffenruhe nach wenigen Tagen gebrochen worden. *DPA, REUTERS*

Anschläge von Boko Haram vereitelt

Die nigerianischen Streitkräfte haben nach eigenen Angaben Anschlagpläne der radikalislamischen Gruppe Boko Haram vereitelt. Wie ein Militärsprecher am Mittwoch mitteilte, wollte die Gruppe während des bevorstehenden islamischen Opferfestes Eid al-Adha im Bundesstaat Borno militärische und zivile Ziele angreifen. Das viertägige Opferfest ist das wichtigste Fest im Islam. Die Boko-Haram-Kämpfer seien bei ihren Plänen von radikalen Gruppen aus dem Ausland unterstützt worden, sagte Oberleutnant Sagir Musa. Über die Herkunft dieser Gruppen machte er keine Angaben. „Das würde unser Vorgehen gegen sie gefährden.“ Boko Haram hat Verbindungen zu Terrororganisationen in den Nachbarstaaten Tschad, Niger und Mali. Die Sekte hat wiederholt an christlichen und muslimischen Feiertagen zugeschlagen. Seit 2010 sind mehr als 1400 Menschen durch die Gewalt ums Leben gekommen. *DPA*

Zehntausende Libyer fliehen aus Bani Walid

In der libyschen Stadt Bani Walid sind mehr als die Hälfte der 80 000 Einwohner vor den seit Samstag andauernden Kämpfen geflohen. Das berichtete die Zeitung „Libya Herald“ am Mittwoch unter Berufung auf Helfer, die sich um die Unterbringung der Vertriebenen kümmern. Militärsprecher Mohammed al-Gandus sagte der Nachrichtenagentur Lana, die Regierungstruppen hätten inzwischen alle wichtigen Gebäude der Stadt unter ihre Kontrolle gebracht. Viele „Gesetzesbrecher“ seien festgenommen worden. Bani Walid war eine der letzten Hochburgen des Regimes von Muammar al-Gaddafi, der im vergangenen Jahr von Rebellen getötet worden war. Die Offensive gegen angebliche „Überbleibsel des alten Regimes“ wird angeführt von Milizen aus der Stadt Misrata. *DPA*

Sudan wirft Israel Angriff in Khartoum vor

Ein sudanesischer Minister hat Israel vorgeworfen, eine Waffenfabrik am Rande der Hauptstadt Khartoum aus der Luft angegriffen zu haben. In der Fabrik war in der Nacht zu Mittwoch ein Großfeuer ausgebrochen. Explosionen verursachten beträchtlichen Schaden. „Vier Militärflugzeuge haben die Fabrik Yarmouk angegriffen“, sagte später Informationsminister Ahmed Bilal Osman und machte Israel dafür verantwortlich. Der zuständige Gouverneur für Khartoum hatte den Brand zunächst auf eine Explosion in einem Munitionslager der Anlage zurückgeführt. Anwohner hatten jedoch der „Sudan Tribune“ berichtet, sie hätten vor dem Brand Geräusche gehört, die von einer Rakete hätten stammen können. Der Sudan hat Israel schon mehrmals Angriffe auf seinem Gebiet vorgeworfen. *REUTERS, FTD*



Eine Iranerin überreicht einem Apotheker ein Rezept. Arzneimittel werden insbesondere für Schwerkranken immer knapper und teurer

Rajoy äußert Zweifel am Spartempo für Spanien

Widerstand aus Gewerkschaften und Opposition wächst

Birgit Jennen, Madrid

Nach anfänglichen Versprechen lässt der Spareifer des spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy nach. Die Zusagen, die er der EU gegeben habe, könne er nicht aufgeben, sagte der Premier zur Budgetberatung am Mittwoch im Parlament. Doch er fügte hinzu: „Ich denke, was auch andere Menschen denken. Die Dinge könnten etwas langsamer angegangen werden, weil wir in einer Rezession stecken.“

Spanien hat sich verpflichtet, das Defizit von 9,4 Prozent im Jahr 2011 auf 6,3 Prozent in diesem Jahr zu reduzieren. Bis 2014 soll das Haushaltsloch unter drei Prozent gesenkt werden. Doch Rajoy stößt mit dem von Brüssel vorgegebenen Sparkurs auf wachsenden politischen Widerstand.

Mit den Stimmen der konservativen Mehrheit billigte das Parlament zwar am Mittwoch den Haushalt 2013 mit Einsparungen von 13 Mrd. Euro. Doch fast die gesamte Opposition stellte sich mit 148 der 328 anwesenden Parlamentarier dagegen. Aus Pro-

test organisieren die beiden größten Gewerkschaften des Landes zudem einen landesweiten Generalstreik am 14. November.

Experten hegen bereits Zweifel, ob Madrid das Sparziel 2013 überhaupt noch erreichen kann. Finanzminister Cristóbal Montoro geht in der Budgetplanung von einer optimistischen Wirtschaftsentwicklung aus: Spanien wird danach Ende 2012 die Talsohle erreicht haben und sich im kommenden Jahr erholen. Während Madrid so für 2013 einen Abschwung von lediglich 0,5 Prozent vorhersagt, gehen in einer Bankstudie der Sparkassenstiftung Funcas die meisten Experten von einem wirtschaftlichen Rückgang von 1,5 Prozent aus.

Ähnlich kritisch ist auch das Sparziel von 6,3 Prozent für dieses Jahr. Nach den jüngsten Haushaltsdaten weist der Sozialstat schon ein Defizit von 10,5 Mrd. Euro aus – geplant war ein ausgeglichener Sozialhaushalt. Die Ausgaben müssten an anderer Stelle eingespart werden, meint Haushaltsminister Montoro. Zugleich beharrt er jedoch auf einer Rentenerhöhung, die allein 5 Mrd. Euro kostet.

US-Anwälte wollen Uno verklagen

Die Weltorganisation soll Cholera-Opfern Entschädigung zahlen. Ihr droht ein Präzedenzfall

Friederike Böge, Berlin

Mehr als 7000 Todesopfer und eine halbe Million Infizierte: Der Cholera-Ausbruch in Haiti 2010 war einer der schwersten weltweit – in einem Land, in dem die Krankheit seit 100 Jahren als ausgerottet galt. Eingeschleppt wurden die Erreger wohl durch einen erkrankten Uno-Soldaten aus Nepal. Deshalb droht der Weltorganisation nun ein juristisches Nachspiel.

US-Anwälte wollen die Uno vor einem US-Gericht verklagen, wenn sie nicht von sich aus ein Sondertribunal einrichtet, um die Angehörigen zu entschädigen. „Wir behalten uns vor, das zu tun, wenn wir die Zeit für gekommen halten“, sagte Beatrice Lindstrom vom Institute for Justice and Democracy in Haiti der FTD.

Die Frage der juristischen Verantwortung für die Epidemie hat weitreichende Implikationen für Uno-Missionen weltweit. Denn eigentlich genießen die Soldaten der internationalen Friedenseinsätze Immunität. Im Gegenzug sichert die Organisation zu, Verfehlungen ihres Personals intern zu untersuchen – und bei Bedarf eine unabhängige Sonderkommission ein-

zurichten. Doch dieser Passus des Truppenstatuts ist noch nie zur Anwendung gekommen. Lindstrom und ihre Kollegen wollen nun einen Präzedenzfall schaffen. Sollte keine Kommission eingerichtet werden, sehen die Anwälte das Recht der Opfer auf Rechtsschutz verletzt. Auf dieser Basis hoffen sie die Immunität der Uno auszuhebeln zu können und ein nationales Gericht davon zu überzeugen, den Fall anzunehmen. „Es sind zwei konkurrierende Rechtsprinzipien.“

Die Uno, die ihre Bemühungen zur Eindämmung der Epidemie erheblich verstärkt hat, lehnt bislang jede Verantwortung für deren Ausbruch ab. Doch in dieser Woche verlor sie eine wichtige Stütze ihrer Verteidigungsstrategie: Die US-Forscherin Daniele Lantagne distanzierte sich von jenem Uno-Bericht, den die Weltorganisation als Beleg gegen die Ansprüche der Opfer anführt. Lantagne, eine von vier unabhängigen Autoren des Berichts, sagte dem britischen Sender BBC, dass neu vorliegende Gensequenzen von Cholera-Bakterien in Haiti und Nepal ihre Einschätzung geändert hätten. Die Quelle für den Ausbruch sei „mit höchster Wahrscheinlichkeit“ eine Person aus dem

Uno-Camp. Der Uno-Bericht kam 2011 zu dem Ergebnis, dass der Ausbruch durch einen „Zusammenfall von Umständen“ verursacht worden sei und nicht „durch die Schuld einer Gruppe oder eines Individuums“.

Die US-Anwälte werfen der Uno – im Auftrag von 5000 Klägern – grobe Fahrlässigkeit und Verletzung der Sorgfaltspflicht vor, weil die Soldaten aus Nepal, wo Cholera endemisch ist, nicht auf die Krankheit getestet worden seien und weil die Toiletten in ihrem Camp so angelegt worden seien, dass Erreger von dort in den Fluss gelangen konnten. Das Gesundheitsprotokoll der Uno verlangt von den Truppenstellern nur dann Cholera-tests, wenn die Soldaten Symptome zeigen. In zwei Dritteln aller Fälle würden Cholera-Infizierte aber keine Symptome zeigen, sagt Lindstrom.

Der Druck auf die Haiti-Mission wächst: Mehr als 100 US-Abgeordnete haben die Organisation aufgerufen, die Verantwortung für die Epidemie zu übernehmen. Und im jüngsten Uno-Menschenrechtsbericht zu Haiti heißt es, „Verschweigen oder Leugnen“ schade angesichts der wachsenden Zahl an Entschädigungsanträgen dem Ruf der Haiti-Mission.